

Wurzens Wendegeschichte 1989/90

Eine komprimierte Darstellung der Ereignisse

Wulf Skaun

Der 9. Oktober 1989 hat sich auch in den Wurzener Annalen einen Platz gesichert. Weil viele Domstädter von sich sagen können: „Und wir sind dabei gewesen.“ Und, wichtiger, weil dieses Datum auch ihr und ihrer Nachkommen Schicksal grundlegend veränderte. An jenem legendären Montag nämlich übernahm die seit dem 4. September in Leipzig auf die Straße gegangene, bis dato aufs Lokale begrenzte Opposition eine DDR-weite Signal- und Vorbildfunktion. Die dramatische Montags-Demo in Leipzig geriet zum Auftakt des gesamtgesellschaftlichen Aufbruchs, der, anders als vom neuen SED-Chef Egon Krenz gemeint, die „Wende“ einleitete. 70.000 Menschen skandierten auf dem Karl-Marx-Platz: *„Keine Gewalt! Wir sind das Volk!“* Die konfrontative Atmosphäre von emotional aufgeladener Masse und aufmunitionierter Staatsgewalt ließ Schlimmes befürchten. Die mittendrin waren, wie die Wurzener Bernhard Rieder und André Rotter, durchlitten die Ängste ihres Lebens. Dass ein nicht auszuschließendes Blutvergießen ausblieb, war auch einem inzwischen berühmten Aufruf zu danken. Sechs mutige Männer, später die „Leipziger Sechs“ genannt, darunter Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, mahnten zu Besonnenheit und Dialogbereitschaft.

25 Jahre später lebte das Ereignis auf. Am 8. Oktober 2014 strömten Scharen Interessierter, darunter wieder viele Wurzener, in die Alte Nikolaischule Leipzig, sich die Besonderheit des 9. Oktober 1989 bei einer Podiumsdiskussion aus erster Hand interpretieren zu lassen. Vier der „Leipziger Sechs“ standen zur Verfügung. Der Kabarettist Bernd-Lutz Lange, die SED-Bezirkssekretäre von einst, Dr. Kurt Meyer und Dr. Roland Wötzel, der Theologe Dr. Peter Zimmermann und mit ihnen der erste Nachwende-Rektor der Universität Leipzig, Prof. Dr. Cornelius Weiss, bekundeten einem erwartungsvollen Publikum ihre An-

und Einsichten. Einig waren sie sich in ihrer Retrospektive, eine gewaltfreie und damit vor-entscheidende Protestaktion für alles Nachfolgende erlebt zu haben. Der Terminus „Friedliche Revolution“ fiel erstaunlicherweise nicht. Das schien kein Zufall zu sein. Revolutionshistoriker Prof. Dr. Matthias Middell, Direktor des Global and European Studies Institute der Universität Leipzig, bietet eine Deutungsvariante: Der als „Friedliche Revolution“ benannte gesellschaftliche Umbruch in der DDR habe es schon deshalb als Begriff schwer gehabt, Fuß zu fassen, weil sich die Akteure selbst nicht als Revolutionäre verstehen wollten. In der politischen Erinnerungskultur erlebte der Begriff nach 2009 allerdings eine Renaissance.

Wie dem auch sei: Ob Revolution oder nicht – was an jenem 9. Oktober 1989 geschah, war nichts weniger als der Anbeginn eines unaufhaltsamen gesellschaftspolitischen Transformationsprozesses. Zunächst artikuliert er sich als Protestbewegung oppositioneller Kräfte, vor allem aus dem Spektrum unterschiedlicher Bürgerbewegungen, gegen die willkürliche Allmacht der Staatspartei SED und für eine radikale demokratische Erneuerung des „real existierenden Sozialismus“ in der DDR. Bereits Ende 1989, als demokratische Reformen im stalinistischen Plan-Sozialismus unrealisierbar, aber westdeutscher Wohlstand und bürgerliche Freiheiten im Marktwirtschafts-Kapitalismus auch im Osten erreichbar schienen, drängten die aufbegehrenden Massen auf Vereinigung beider deutscher Staaten. Leipzig blieb Zentrum des gesellschaftlichen Umbruchs. Hierher fluteten montags auch auswärtige Akteure in Dimensionen. So trieb es eben auch unzählige Wurzener zu den mächtigen Manifestationen auf dem Karl-Marx-Platz und in die anschließenden Demonstrationen rund um den Ring. Wie anderswo auch, bildete sich eine eigene Bewegung in der Muldestadt erst mit einiger Zeitverzögerung heraus.

Untrügliche Vorboden des Wende-Herbstes

Auch wenn die Wurzener Wendebewegung sich erst im Gefolge der Leipziger Ereignisse etablierte, war systemkritisches Opponieren doch auch in der Domstadt längst Realität. Zeithistoriker setzen gern bei der Volkskammerwahl am 7. Mai 1989 an, weil sich an deren Ergebnissen erste messbare Abweichungen vom eingeübten sozialistischen „Zettelfalten“ gezeigt hatten. Zwar votierten nur 834 wahlberechtigte Wurzener, ganze 2,33 Prozent, gegen die Einheitsliste der Nationalen Front. Doch für die noch unorganisierte Opposition, die, wie sich später zeigte, zu Recht von „frisieren“ Zahlen sprach, galt das zarte Widerstandslüftchen dennoch als „erster Sargnagel für die SED-Diktatur“.

Zu den ersten organisierten Oppositionellen gehörte in Wurzen der Friedens- und Umweltkreis. Seine Mitglieder um den Mitbegründer Pfarrer Karl-Heinz Maischner sahen sich als erneuerungswillige „Reformer“, die es für möglich hielten, den Sozialismus in der DDR demokratisch umzugestalten. Ihre gesellschaftskritische Aktion am 11. Juni 1989 „Mobil ohne Auto“ war eine der größten öffentlichen Willensbekundungen vor dem heißen Herbst 1989. Zwei Befunde dürften noch zu den unmittelbaren Vorboden der Wendeereignisse in Wurzen zählen. Am 1. September beging die staatliche Handelsorganisation HO ihren 40. Jahrestag.

Doch statt gewohnter Jubelbilanz hieß es, sie müsse ihre Versorgungsleistungen „einschränken“. Als einen der Gründe notierte der Wurzener Stadtchronist Wolfgang Ebert Personalmangel. Republikfluchten und die lawinenartige Ausreisewelle seit dem Sommer hatten zum Dilemma beigetragen. Vor allem junge Leute „machten“ via Ungarn oder CSSR „rüber“. Auch das 40. und letzte DDR-Jubiläum am 7. Oktober glich einer Götterdämmerung. Wie vielerorts wurde auch in Wurzen nicht mehr mit „machtvoller“ Kundgebung gefeiert wie früher, aber doch noch mit einem Umzug. Aber anders auch als einst, mit Gorbatschow-Bildern in den Reihen der Perestrojka-begeisterten FDJler.

Wurzener Wende-Auftakt mit Friedensgebet

Während am 9. Oktober 70.000 Demonstranten in Leipzig auf offener Szene hofften und bangten, die Staatsgewalt werde als letzte Machtprobe nicht die „chinesische Karte“ spielen, begaben sich in Wurzen die ersten Wendeakteure unter das Schutzdach der Kirche. Zum Friedensgebet im Dom mit Superintendenten Horst Schulze hatten sich 70 Bürger versammelt. Nicht nur Christen formulierten erstmals in einem öffentlichen Raum ihre Forderungen nach mehr Demokratie, Freiheit und Bürgerrechten. Bereits einen Montag später waren Teilnehmerzahl und Mut deutlich gewachsen.



Aufbruchstimmung: „Gorbi“ als Vorbild sozialistischer Erneuerung beim Jubiläum am 7. Oktober 1989. Ganz ohne Bekenntnis zur SED ging es aber noch nicht, wie das Transparent zeigt: „Was die Partei beschloss, werden wir erfüllen.“

Foto: LVZ-Archiv

Am 16. Oktober beteiligten sich rund 400 Menschen am zweiten Friedensgebet im Dom. Pfarrer Gerhard Müller und Rudolf Metzner, Fürsorger bei der Caritas, leiteten danach eine neue Phase der Oppositionsbewegung ein. Spontan hatten sie sich entschieden, die erste Montagsdemo in der Muldestadt anzuführen. Der Zug führte auch zu den Sitzen der SED-Kreisleitung und der Kreisdienststelle der Staatssicherheit.

Ab dem 23. Oktober verlief der Marsch in geordneten Bahnen. Eine „Initiativgruppe Demo“ hatte die Zügel in die Hand genommen. Ihre Mitglieder – Martin Carlitz, Henry und Uta Ernst, Rudolf Metzner, Christiane und Gerhard Müller – legten die Marschroute des Protestzuges fest und sorgten dafür, dass Gewaltlosigkeit auch in den eigenen Reihen gewahrt blieb.

Als nächsten Schritt organisierten sie den öffentlichen Diskurs außerhalb der Kirche mit Kundgebungen auf dem Marktplatz. Schon bei der Premiere am 23. Oktober machten Bürger unterschiedlicher politischer Überzeugung von ihrem Rederecht Gebrauch. Noch übten sie mehrheitlich Kritik an Defiziten des realsozialistischen Alltags und forderten freiheitlich-demokratische Veränderungen in allen Bereichen. Obwohl manche Verbalattacke bei Andersdenkenden für lautstarke Empörung sorgte, gewährleistete die von der Volkspolizei angebotene „Sicherheitspartnerschaft“ einen gewaltfreien Dialog.

Überhaupt wurde in jenen Tagen viel geredet. Um die Unzufriedenen, Unangepassten und Unruhestifter von der Straße zu holen, hatte sich die SED auf eine durchschaubare Dialogpolitik verlegt. Auf öffentlichen Foren versuchten ihre Funktionäre, die Menschen zu besänftigen, Zeit und Ruhe zu gewinnen, um für sich die Offensive zurückzugewinnen und ihre politische Macht zu erhalten. Aber da Taten im Sinne der Bürgerforderungen ausblieben, riefen die Montagsdemonstranten neben den „klassischen“ Losungen bald auch: *„Der Dialog wird zur Phrase, d’rum geh’n wir weiter auf die Straße!“*

Pfarrer Kurt Kobe wagte es am 24. Oktober als Erster, einen solchen Dialog für einen Frontalangriff auf die Staatspartei zu nutzen. Vom 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Wurz, Werner Reichel, forderte er, die SED müsse *„ihre selbst erwählte führende Rolle“* aufgeben. Ihren Führungsanspruch zu annullieren, war die Politbürokratie in Berlin aber noch weit entfernt. Ihr Unwillen und ihre Unfähigkeit, auf die Stimmungen und Erwartungen breiter Volksmassen mit politisch produktiven Lösungen einzugehen, veranlasste nun selbst auch Mitglieder der Partei, die Oppositionskräfte und ihre Demos

zu verstärken, um die eigene Führung zum Handeln zu zwingen. Immer mehr Aufwind verspürten die Bürgerbewegten. Als der Innenminister der DDR am 8. November endlich das Verbot des Neuen Forums, das als sozialismusfeindliche Plattform verketzert war, aufheben musste, konnte auch der Gründer des Wurzener Ablegers, Peter Michael, gemeinsam mit Sepp-Dieter Bröcher und anderen Mitstreitern, legal wirken.

Mauerfall

Der 9. November 1989 war kein Demo-Montag, doch wurde jener Donnerstag zum Wendepunkt in der Wende-Geschichte. An diesem historischen Tag, den kein Zeitgenosse so bald erwartet hätte, fiel die Mauer. Auf einer vom Fernsehen übertragenen internationalen Pressekonferenz hatte SED-Politbüromitglied Günter Schabowski gegen 19 Uhr die neue Regelung für Privatreisen in die BRD und nach Westberlin verkündet. Ohne die Sperrfrist für deren Inkrafttreten zu bemerken, antwortete er auf eine entsprechende Frage des „Bild“-Reporters Peter Brinkmann: *„Ab sofort, unverzüglich!“* Unverzüglich meldeten die Medien in Ost und West die Sensation exklusiv. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht vom Fall der Mauer. Tausende DDR-Bürger eilten spontan nach Berlin. Unter ihnen hunderte Wurzener. Einige hatten gerade noch im „Dialog“-Modus im Plenarsaal des Rates des Kreises mit der SED-Kreisschulrätin über neue Bildungskonzepte gestritten. Ein Antrag von Lehrer Thomas Friedrich auf Abberufung der „betonköpfigen“ Schulrätin hatte knapp die Mehrheit verfehlt. Kalte Dusche für die Reformwilligen. Um so erlösender die Botschaft, die jemand in den Saal geraunt hatte: *„Die Mauer ist offen.“*

Der Mauerfall leitete einen Richtungswechsel ein. Die Losungen auf den Montagsdemos änderten sich auch auf den Wurzener Marktplatz-Treffen und den Märschen durch die Stadt am 13. und 20. November. *„Wir sind ein Volk“* riefen die jeweils 2000 Teilnehmer nun. Und: *„Deutschland einig Vaterland“*. Transparente mit der Aufschrift *„Deutsche Einheit“* tauchten auf dem Markt aber erst vereinzelt auf. Offensichtlich hatte zu diesem frühen Zeitpunkt die Wende von der Wende die Massen in der Provinz noch nicht mehrheitlich ergriffen.

Ergriffen hatte sie aber das Reisefieber. Während die von Schabowskis Vorgriff überrumpelten Politiker aller Ebenen noch um Fassungen, hatten Offiziere des Volkspolizeikreis-



Wendepunkt: Die Demo-Losungen ändern sich. Auf dem Wurzener Marktplatz sind erstmals Forderungen nach deutscher Einheit zu lesen.
Foto: LVZ-Archiv

amts (VPKA) Wurzen die Konsequenzen richtig beurteilt. Noch in der Nacht zum 10. November stürzten VPKA-Chef Oberstleutnant Günter Volkmer und der Leiter der Pass- und Meldestelle, Hauptmann Henrik Fuchs, ins Schloss, damals Dienstsitz der Behörde. Gegen zwei Uhr begannen sie sich auf den Ansturm der Ausreisewilligen vorzubereiten. Dann praktizierten sie einen persönlich riskanten, weil eigenmächtigen „Dialog“ mit den Wurzenern. Ohne „Anweisung von oben“ stempelten die Offiziere allen Antragstellern Ausreise-Visa in die Personalausweise. Henrik Fuchs erinnert sich, dass die Menge, die die gesamte Domgasse hinunter bis zum Markt Schlange stand, ihre couragierte Haltung anerkannte und sehr diszipliniert reagierte.

Der Strom der Antragsteller riss in den nächsten Wochen nicht ab. Alt und Jung trieben

Bedürfnisse um, die 40 Jahre nicht erfüllbar waren. Endlich einmal über die Grenze in das andere Deutschland schauen, Kleinigkeiten erwerben, derer sonst nur Leute mit Westverwandtschaft habhaft werden konnten. Das sogenannte Begrüßungsgeld lockte. Und so holten sie es sich in West-Berlin, in Niedersachsen oder in Bayern. Halb Wurzen schnupperte den Duft der „großen freien Welt“. Bereits am 12. Dezember sollte der Reisetempel in über 8.500 Personalausweisen prangen.

Aktionsreicher Weihnachtsmonat

Der Weihnachtsmonat Dezember 1989 brachte in Wurzen die größte Bewegung in die Wende-Bewegung. Er begann mit einem Drei-Tage-Aufgalopp. Den 4. Dezember verwandelten 5.000 Demonstranten von einem meteorolo-



Reisefieber: Die ersten Wurzener stellten sich bereits in der Nacht vom 9. zum 10. November an, um im Volkspolizeikreisamt im Schloss Ausreiseanträge zu stellen. Die Schlange reichte die gesamte Domgasse bis zum Markt hinunter.
Foto: Archiv Wolfgang Ebert

Originalhandschrift: Um sich bei der Rede am 11. Dezember 1989 nicht zu versprechen, las Eckhard Hoyer seinen Aufruf vom selbst geschriebenen Blatt ab. Vorher hatte er die „baldige Vereinigung mit der Bundesrepublik“ als „wirtschaftlich besten Weg“ beschworen.

Alle, die für die baldige Einheit Deutschlands sind, sollten durch die Badergasse und die anderen durch die Jakobsgasse ziehen.
 Wir haben gerufen, wir sind das Volk und wir Demonstranten sind ein Volk.
 Vom Jacobsplatz aus sollten wir dann gemeinsam unsere Demonstration fortsetzen.
 Zur Wiederholung: alle, die für die baldige Vereinigung sind durch die Badergasse die, die nicht dafür sind, durch die Jakobsgasse

gisch kalten zu einem politisch heißen Montag. Die Opposition vollzog einen Kurswechsel, weil ihre Zweifel an der Reformbereitschaft der SED Überhand genommen hatte. Ihre Redner lehnten daher eine von der Noch-Staatspartei angebotene Kooperation rundweg ab. SED-Kreissekretär Volker Teich wurde von den Massen ausgebuht. Dr. Frank Heine, der später zu einer politischen Führungsfigur in Wurzen wurde, forderte die Abschaffung der Kampfgruppen in den Betrieben. Der Machener Pfarrer Gottfried Süß verlangte Auskunft über ein Geheimobjekt in seiner Gemeinde. Die ersten „Wendehälse“ bekamen als charakterlose Konjunkturritter die mehrheitliche Verachtung der politischen Opposition zu spüren. Tags darauf, am 5. Dezember, blies eine Aktion von Bürgerbewegten zur ersten Anti-Stasi-Attacke. In der Wurzener Kreisdienststelle im Dehntitzer Weg 4a sicherten Mitglieder des Neuen Forums und der Initiativegruppe Demonstration Wurzen die noch auffindbaren Stasi-Akten. Gemeinsam bezeugten sie die Amtshandlung von Staatsanwältin Elionor Kolberg, die die Diensträume versiegelte. Der Restbestand an Akten, der von der Stasi nicht mehr vernichtet werden konnte, zog am 16. Dezember nach Leipzig in die „Runde Ecke“ um.

Das wichtigste Ereignis des 6. Oktober fand in der „Leipziger Volkszeitung“ statt. Die LDPD hatte darin einen „Aufruf gegen rechts“ veröffentlicht. Sie lud zum 12. Dezember in die Kommunale Berufsschule „Ernst Schneller“ ein, um „am RUNDEN TISCH [...] ein Gremium zu schaffen, das auf basisdemokratischer Grundlage die Demokratisierungsprozesse [...] überwacht und befördert.“

Das Treffen am 12. Dezember führte zur „Gründung eines „Bürgerkomitees für den Kreis Wurzen“. Daran nahmen 21 Vertreter von Parteien und Organisationen teil. Auf der zweiten Sitzung

des Bürgerkomitees, am 19. Dezember, wurde Dr. Frank Heine (parteilos) zum Vorsitzenden, Raymund Töpfer (LDPD) zum Stellvertreter gewählt. Thomas Friedrich (parteilos), Wolfgang Ebert (NDPD) und Martin Carlitz (Initiativegruppe Demo) bildeten das Redaktionskollegium. Das Komitee formulierte drei Hauptaufgaben: Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses in allen Bereichen; Aufrechterhaltung administrativer Strukturen zur Sicherung des öffentlichen Lebens; Gewährleistung einer demokratischen Meinungsbildung der Bürger vor den Wahlen zur Volkskammer und in den Kommunen.

„Hammelsprung von Wurzen“

Das dürfte ein singuläres, beispielloses Ereignis im ostdeutschen Wendegeschehen gewesen sein. Am 11. Dezember erlebte und praktizierte eine erstaunte Menschenmenge den „Hammelsprung von Wurzen“. Auch die Organisatoren dieser erinnerungswürdigen Montagsdemo waren nicht eingeweiht. Nach dem Friedensgebet im Dom mit den Pfarrern Maischner und Müller rief Eckhard Hoyer (Deuben) am Ende der Marktkundgebung plötzlich den Massen zu: „Alle, die für die baldige Einheit Deutschlands sind, sollten durch die Badergasse und die anderen durch die Jakobsgasse ziehen. Wir haben gerufen, wir sind das Volk und wir Demonstranten sind ein Volk. Vom Jacobsplatz aus sollten wir dann gemeinsam unsere Demonstration fortsetzen.“ Augenzeugen berichteten, dass die Mehrheit die Badergasse wählte.

Die Dezembertage gingen mit zwei weiteren emotionalen Begebenheiten weiter. Das zu enttarnendes Geheimobjekt in Machern hatte sich als Stasi-Bunker entpuppt, als fünf Meter unter der Erde versteckte Ausweichstelle für die Leipziger Bezirksführung der Staatssicherheit.



In jeder Beziehung unterirdisch: Der Stasi-Bunker in Machern zieht auch heute noch unzählige Interessierte an. Er gemahnt als Museum des Bürgerkomitees Leipzig an ein spezielles Kapitel des DDR-Geheimdienstes. Foto: LVZ-Archiv

Am 14. Dezember führte Major Siegfried Bredel Pfarrer Süß aus Machern, Militärstaatsanwalt Köcher sowie vier MfS-Offiziere erstmals durch die unterirdische Schaltzentrale und über das Außengelände. Im Januar 1990 erlebten Journalisten die bedrückende Atmosphäre einer engen, dumpfen Behausung, die 120 Mitarbeitern der Leipziger Stasi-Zentrale auf 1.435 Quadratmetern Platz bieten sollte. Erst 1996, als der Bunker in Machern Museum des Leipziger Bürgerkomitees geworden war, konnte die Bevölkerung sich von einem speziellen Kapitel des Geheimdienstes mit eigenen Augen überzeugen.

Die letzte Montagsdemo des Wendejahres 1989 am 18. Dezember hatte einen gefühligen Zuschnitt. Nach dem Friedensgebet im Dom mit Superintendenten Schulze und Pfarrer Carlitz folgte die planmäßige Versammlung auf dem Markt. Um 19 Uhr läuteten die Glocken der Stadtkirche St. Wenceslai die Kundgebung ein: Gedenken an die Opfer des Stalinismus. Die meisten Redner sprachen sich für die Einheit Deutschlands aus. Am Rande der Veranstaltung wurden Unterschriften für einen „Volksentscheid über die Wiedervereinigung“ gesammelt.

Bürgerbewegung und Runder Tisch

Mit der Montagsdemo am 8. Januar ging die Wurzener Wendebewegung ins neue Jahr. Die Dynamik früherer Monate erreichte sie nicht wieder, obwohl sie sich kraftvoll und erfolgreich gegen die Versuche der SED/PDS stemmte, die Offensive für sich zurückzugewinnen.

Im Zentrum der Aktivitäten standen weitere Abrechnung mit der Stasi und ihre vollständige Entmachtung. Von Alfred Defort, Vorsitzender des Rates des Kreises Wurzen, beglaubigte „Legitimations“-Ausweise halfen den Mitgliedern des Wurzener Bürgerkomitees, Enthüllungs- und Kontroll-Aktionen realisieren zu können.

Für den 24. Januar 1990 hatte das Bürgerkomitee zu einem öffentlichen „Stasi-Tribunal“ eingeladen. Hunderte Wurzener füllten den Speisesaal des VEB Mafa I, um die Hauptamtlichen der „Firma“ und ihre inoffiziellen Mitarbeiter (IM) zur Rede zu stellen. Doch ihr Chef, Oberstleutnant Reinhard Rädler, und andere eingeladene Offiziere drückten sich. Dafür packte ein IM aus, mit welchen erpresserischen Methoden er wider Willen zum Aushorchen eines oppositionellen Pfarrers gedungen worden war.

Das Bürgerkomitee rechnete nicht nur mit der Vergangenheit ab, sondern visierte auch künftige deutsch-deutsche Gemeinsamkeit an. So setzte es die Initiativen von SED-Bürgermeister Kurt Hesse für Städtepartnerschaften mit bundesdeutschen Kommunen fort. Die erste hatte Hesse noch im Dezember 1989 mit Warstein (Nordrhein-Westfalen) angebahnt. In seinem Auftrag wendeten sich Thomas Friedrich und Wolfgang Ebert an den Bürgermeister der niedersächsischen Stadt Barsinghausen. 14 Tage später waren die Barsinghäuser erstmals in Wurzen. Mitte Februar kam eine Delegation aus Warstein an die Mulde. Am 3. Oktober schloss die Stadt mit Warstein, am 20. Oktober mit Barsinghausen Partnerschaftsverträge ab.

Wahlkampfhilfe West: Vom Balkon des Alten Rathauses wirbt der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth am 12. März 1990 für die CDU-geführte „Allianz für Deutschland“.

Foto: Archiv Wolfgang Ebert



Die hohe Zeit der Bürgerbewegten, vor allem ihrer prosozialistischen Gruppierungen, hatte mit den wachsenden Einheitsbestrebungen bald ein Ende gefunden. Sie und auch die SED/PDS sahen nun in der Gestaltungsform der Runden Tische die letzte Möglichkeit, ihre verschiedenen Ziele zu verfolgen. Bereits im November 1989 hatte die Opposition in Berlin Runde Tische als Beratungs- und Entscheidungsorgane vorgeschlagen, die eine Verfassungsreform und freie Wahlen vorbereiten sollten. In Wurzen konstituierte sich das Gremium erst am 7. Februar 1990. Superintendent Horst Schulze moderierte bis Ende April gemeinsam mit Konrad Flämig, Prediger der Landeskirchlichen Gemeinschaft Wurzen, die Treffen der Vertreter von SED/PDS, SPD, LDPD, NDPD, CDU, DSU, DBD, Demokratischem Aufbruch, Neuem Forum, Bürgerkomitee, Initiative Demo, Rat des Kreises.

Endstation deutsche Einheit

Indessen hatten sich die Montagsdemos längst auf Wahlkampfmodus umgestellt. Alte und neue Parteien buhlten um die Gunst der Wähler. Einige setzten rasch auf westdeutschen Beistand. Prominentester Wahlhelfer für das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ (CDU, Demokratischer Aufbruch, DSU) war der christdemokratische Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth. Vom Balkon des Alten Rathauses stimmte er am 12. März die jubelnde Menge auf die „ersten freien Wahlen“ zur Volkskammer ein. Zwei Tage später war der praktische Teil der Wende vollendet. Die Wähler hatten auch in Wurzen den Sozialismus verabschiedet und sich für eine bürgerliche Zukunft entschieden. Bei der Volkskammerwahl am 14. März 1990 machte nicht die allseits favorisierte SPD das Rennen, sondern die „Allianz für Deutschland“. Das Zweckbündnis von CDU, Demokratischem Auf-

bruch und DSU holte 51 Prozent der Stimmen. Das ehemals „rote“ Wurzen war auf „Schwarz“ umgeschwenkt. Die SPD erreichte nur 17, die PDS noch magerere 12 Prozent der Wählerstimmen.

Auch die Kommunalwahlen am 6. Mai warfen die Machtverhältnisse um. Von den 38 Abgeordneten des Stadtparlaments gehörten 14 zur CDU, je sieben zu SPD und LDP, fünf zur PDS, zwei zur Grünen Partei und je einer zu DSU, Demokratischem Aufbruch und Neuem Forum. Sie wählten Anton Pausch (CDU) zum Bürgermeister und Dr. Frank Heine, der als Parteiloser für die LDP kandidiert und die meisten Stimmen erhalten hatte, zu ihrem Vorsteher. Eine Große Koalition aus Allianz, SPD, LDP und Neuem Forum visierte die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der BRD an.

Am 1. Juli löste die „harte“ D-Mark die „Alu-Chips“ ab. Über Nacht tauschten auch die Wurzener Geschäfte ihre Sortimente radikal aus. Jetzt gab es „Westwaren“ für „Westgeld“. Die Währungsunion erfreute viele Menschen, die Wirtschafts- und Sozialunion würde ungekannte und nicht erwartete Härten für viele mit sich bringen. Die Gesetze der freien Marktwirtschaft garantieren keine Sicherheit der Arbeitsplätze. Bereits Ende 1990 fanden sich 2.184 Wurzener als Arbeitslose wieder.

Mit dem Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurde auch formell der Schlussstrich unter 40 Jahre DDR und ein paar Monate westwärts gewendete Wende gezogen. Bei einer Festveranstaltung im Plenarsaal des Stadthauses besiegelten die Bürgermeister von Wurzen, Anton Pausch, und von Warstein, Georg Juraschka, einen Städtepartnerschaftsvertrag. Abends stieg im Hotel Wurzen, früher Pippig, eine große Party, auf der Gäste aus beiden Kommunen das Doppel von staatlicher Einheit und städtischer Kooperation feierten.

Autor
Wulf Skaun

###